

Hauptpastor Dr. Jens-Martin Kruse

Predigt über Röm 13,1-7 im Gottesdienst mit der Kantate „Preise, Jerusalem, den Herrn“ (BWV 119) am 2. Sonntag vor der Passionszeit (16. Februar 2020) in der Hauptkirche St. Petri

„Gnade sei mit Euch und Friede von Gott, unserm Vater, und dem Herrn Jesus Christus.“ Amen.

I.

Liebe Gemeinde, bitte entschuldigen Sie die Unterbrechung! Sie ist an dieser Stelle eigentlich nicht vorgesehen. Trotzdem macht sie Sinn. Denn es gibt etwas zu klären, bevor es weitergeht. Es geht um die Arie, die wir eben gehört haben. Deren Text lautet doch tatsächlich: *„Die Obrigkeit ist Gottes Gabe, ja selber Gottes Ebenbild.“* Da stockt einem schon etwas der Atem. Zumal wir Ähnliches eben auch vom Apostel Paulus gehört haben, der in einem Text, auf den sich die Kantate bezieht, an die Gemeinde in Rom schreibt: *„Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet (v. 1).“*

Da sträuben sich wohl jedem, der demokratisch gesinnt ist, die Haare zu Berge. Sich der Obrigkeit unterordnen, weil sie von Gott eingesetzt ist? Sein Ebenbild gar? Trump und Putin und Bolsonaro? Um Gottes Willen, das kann doch nicht gemeint sein! Das kann man auch nicht einfach so stehen lassen. Einspruch tut not. Unterbrechung. Heraus aus der wunderbaren Klangfülle der Kantate und für einen Moment hinein in das Gespräch mit dem Bibeltext. Nachfragen. Bedenken und – wenn möglich – Klären, was der Apostel Paulus eigentlich hier sagen will und worin die Bedeutung seiner Überlegungen für uns heute liegen könnte – das ist an dieser Stelle geboten, wenn denn die Musik nicht nur einfach schöne Musik, sondern Teil der Verkündigung des Evangeliums, der frohmachenden Botschaft von Jesus Christus sein will.

II.

Der Ausgangspunkt in der Argumentation des Apostel Paulus liegt in der Beobachtung, dass ein Gemeinwesen eine Ordnung braucht, um existieren zu können. Niemand kann allein regieren, Frieden bewahren und das Böse verhindern. Genau das ist die Aufgabe staatlicher Ordnung. Sie dient dazu, ein Leben in Frieden und Gemeinschaft zu ermöglichen. In diesem Sinn ist die staatliche Ordnung eine gute Sache – so sieht es jedenfalls der Apostel Paulus, und vom Grundsatz her dürften viele von uns seine Feststellung teilen.

In der Anfangszeit des Christentums jedoch gab es an dieser Stelle keinen Konsens. Vielmehr war es stark umstritten, wie weit Christen die staatlichen Strukturen anerkennen müssen oder dürfen. So hörte Paulus aus Rom, dass viele Christen dort der Überzeugung waren, man müsse sich aus dem öffentlichen Leben völlig heraushalten, um nicht ungerechte Strukturen zu legitimieren. Einer Staatsgewalt, die sich selbst als oberste Gottheit versteht – und das war beim römischen Kaiser der Fall – schulde man keinen Gehorsam. Zudem brauche man als Christ Politik, Recht und Ordnung nicht mehr, weil man im Glauben an Jesus schon jetzt zu Gottes himmlischer Zukunft gehöre.

Das ist die konkrete Problemstellung, auf die der Apostel Paulus in seinem Brief antwortet. Er tut dies nun nicht, indem er eine große Abhandlung schreibt, in der er alle Aspekte des Verhältnisses von Kirche und Staat erörtert. Vielmehr will Paulus nur einige Denkanstöße geben, die zu einer evangeliumsgemäßen Lebensweise beitragen können.

Aus der Sicht des Paulus ist für Christen ein besonderes Verhältnis zur Welt kennzeichnend, das er folgendermaßen beschreibt: Ja, wir Christen leben in der Hoffnung auf Gottes neue Welt, *aber* wir sind dennoch Bürger dieser irdischen Welt. Ja, wir Christen sollen uns nicht der Welt gleichmachen, *aber* wir sollen uns dennoch an ihrem Leben beteiligen. Christen müssen sich in der Welt engagieren und sie können das mit dem Mut und der Hoffnung darauf, dass es noch etwas anderes gibt, das eben nicht von der Welt ist. Von daher kann es für Christenmenschen keine Flucht in die fromme Nische, den vertrauten Zirkel oder in eine wie auch immer geartete „verantwortungsfreie Zone“ geben. Vielmehr gilt es, mitten in dieser Welt den Glauben zu bewähren. Dazu gehört für Paulus das Ernstnehmen und die Anerkennung der weltlichen Ordnung – genau das meint das für uns so sperrig klingende Wort „sich unterordnen“ – sowie der Respekt gegenüber den Repräsentanten des Staates.

III.

Und damit sind wir beim heiklen Kern der Kontroverse und der entscheidenden Frage: Wie weit gilt denn diese Anerkennung der weltlichen Obrigkeit und welche Kriterien gibt es dafür? Wie ist damit umzugehen, wenn - damals im Kaiserpalast ein Nero und heute in Washington, Moskau oder Brasilia – autokratische Populisten ihr Unwesen treiben, die sich keiner höheren Macht verpflichtet wissen? In den Ausführungen des Paulus im Römerbrief lassen sich dazu zwei Hinweise finden: Erstens: Für Paulus ändert sich durch eine Konfliktsituation nichts an der Standortbestimmung. Rückzug aus der Verantwortung ist keine Option. Christen sollen die Staatsgewalt anerkennen und sich ihr unterordnen, denn sie ist – zumindest in der Sicht des Apostel Paulus - von Gott verordnet. Hinzuzufügen ist aber sogleich, dass auch für den Apostel

Paulus damit nicht gesagt ist, dass alles Tun der Obrigkeit unbesehen mit dem Willen Gottes gleichzusetzen wäre. Das Kriterium für eine Urteilsfindung liefert der zweite Hinweis des Paulus. Er lautet: Diejenigen, die die Staatsgewalt innehaben, müssen wissen, dass auch ihre Macht nur eine Leihgabe von Gott ist. Damit wird die grundlegend wichtige Unterscheidung zwischen Gott und Menschen in die politische Ethik eingeführt. Auch die weltlichen Herrscher sind Gott untergeordnet und müssen sich in ihrem Handeln an Gottes Willen und Geboten ausrichten. Paulus schreibt im Römerbrief: Die Obrigkeit *„ist Gottes Dienerin, dir - und das meint den Bürgern – zugute“* (v. 4a).

Nun wird deutlicher: Die überspitzt klingende Aussage des Apostel Paulus *„Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott“* (v. 13b) will die Staatsmacht nicht mit göttlicher Aura versehen. Vielmehr wird mit dem Gedanken, dass jede Macht von Gott kommt, der Anspruch erhoben: Jeder politisch oder gesellschaftlich Handelnde steht in Verantwortung vor Gott und muss sich so verhalten, dass er den Weisungen Gottes dient. In unserem Grundgesetz ist heute festgehalten, dass der Staat von Werten lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Die Aufgabe des Staates besteht darin die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich das Gute, also das, was dem Leben und dem Miteinander in einer Gemeinschaft dient, entwickeln kann. In diesem Sinne, dass die Obrigkeit sich als *„Gottes Dienerin“* (v. 4) erweist und das meint, dass sie dem Willen Gottes entsprechend das Wohlergehen der Menschen fördert, lässt sich auch die Aussage vom *„Gottes Ebenbild“* in unserer Kantate verstehen. Sie ist Zielvorgabe und wo es eine Annäherung an dieses Ziel in der Wirklichkeit eines Gemeinwesens gibt, da ist dann tatsächlich ein guter Grund für eine dankbare und freudige Lobeshymne gegeben, eben so wie es Johann Sebastian Bach mit seiner Kantate getan hat: *„Gesegnet Land, glückselige Stadt“* – *„wohl dir, du hast es gut!“*

IV.

So lässt sich als paulinische Position formulieren: Alle Menschen sollen sich der gegebenen göttlichen Ordnung unterstellen, *aber* sie sollen dabei Gott ehren und nicht die Ordnung als solche oder das Bodenpersonal. Die Ordnung ist zu befolgen, *aber* nicht blind, sondern im Sinne des obersten Dienstherrn. Das ist der Maßstab, den Christen an staatliches Handeln anzulegen haben. Mit Paulus gesagt: *„So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt“* (v. 7)

In dieser Aussage des Apostel Paulus ist schließlich - zumindest implizit - auch die Möglichkeit und die Notwendigkeit des Widerstands enthalten. Wenn nämlich die staatliche Ordnung so ist,

dass sie das Recht mit Füßen tritt, dass sie Reiche begünstigt, Andersdenkende verfolgt und Schwache nicht schützt, wenn es nicht mehr um Gerechtigkeit für alle geht, sondern nur um den eigenen Vorteil, wenn der Machtgewinn auf Kosten des gesellschaftlichen Konsenses erreicht wird - dann wird die gute Ordnung verkehrt, dann erfüllt sie nicht mehr ihre von Gott gesetzte Aufgabe und deshalb gilt es dann Gott die Ehre zu geben und sich zu wehren. Dann muss sich bewähren, dass wir glaubende Menschen sind. Solche, die Gott mehr gehorchen als den Menschen (Apg 5,29). Die prüfen und kritisch sind. Die für ein gutes Gemeinwesen und ein friedliches Miteinander eintreten. Die sich über eine Ordnung freuen, die Raum schafft zum Leben. Die ihren Gewissen verpflichtet sind und deshalb auch Verantwortung zu übernehmen bereit sind. Die da mutig Widerstand leisten, wo Verhältnisse nicht dem Wohlergehen von Menschen dienen.

V.

Das, was der Apostel Paulus den Christen in Rom in seinem Brief geschrieben hat, ist sicher kein Meßtischblatt, auf dem unsere Wege und Verhaltensweise heute vorgezeichnet wären. Wir leben unter vollkommen anderen Bedingungen als Paulus. Aber die Überlegungen des Apostels können so etwas wie ein Kompass sein, der uns eine Richtung weisen will, indem er uns daran erinnert: Wir sind zur Verantwortung gerufen und das bedeutet: Wir haben als Christen den Auftrag, das gesellschaftliche Zusammenleben und die politische Kultur in dieser Welt mitzugestalten. Eine gute Obrigkeit, in unserem Fall: eine funktionierende Demokratie ist ein hohes Gut, der Apostel Paulus würde sagen ist ein Geschenk Gottes, für das wir dankbar sein dürfen. Ein gut geführter Staat und eine gerechte Gesellschaft sind allerdings in keinerlei Weise selbstverständlich. Eine Demokratie lebt von den Menschen, die sie mitgestalten und Verantwortung für ihren Erhalt und ihren Zustand übernehmen. Dazu gehört, dass ich mich an der Demokratie durch Wahlen, durch Meinungsbildung und durch Zivilcourage beteilige. Dazu gehört, denen Respekt zu zeigen, die öffentliche Ämter bekleiden und denen zu widersprechen, die Politiker diffamieren. Dazu gehört, dem Hass entgegen zu treten, dem sich gegenwärtig Polizeibeamte und Feuerwehrleute, Lehrer, Schiedsrichter und Bürgermeister ausgesetzt sehen. Dazu gehört denen, die mit populistischen Parolen auf Menschenfang gehen, die Stirn zu bieten und ihre Lügen nach Kräften zu entlarven. Dazu gehört, Tabubrüche in unserer Demokratie eindeutig und klar beim Namen zu nennen und sie nicht als neue Normalität zu akzeptieren.

„*Der Obrigkeit untertan sein*“ – das hat nichts mit Leisetreteri zu tun. Im Gegenteil. Es verlangt uns ein hohes Maß an gesellschaftspolitischer Verantwortung und ein Eintreten für die demokratischen Grundwerte ab. Wer diese Verantwortung nicht wahrnimmt, der setzt die

moralische Bindung staatlichen Handelns aufs Spiel. Wer sie aber wahrnimmt, der hält sich zum einen an biblische Maßstäbe, zum anderen lebt er in der Gewissheit, dass Gott diese Welt nicht ihrem Schicksal überlässt, sondern bis heute gilt: „*Gott sitzt im Regimente / und führet alles wohl.*“ (EG 361,7) Weil dies so ist, darum beten wir Christen für die Stadt und bitten Gott um Hilfe, dass unter uns Recht und Friede wachse und dass wir nicht träge werden in dem gemeinsamen Engagement für eine menschenwürdiges Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Und weil Gott im Regimente sitzt, darum haben wir wirklich guten Grund – wie es unsere Kantate tut - , Gott mit Pauken und Trompeten kräftig zu loben und ihn mit Luthers Worten aus dem „Te Deum laudamus“ zu bitten: „*Hilf deinem Volk, Herr Jesu Christ, und segne, was dein Erbteil ist, wart und pfleg ihr zu aller Zeit und heb sie hoch in Ewigkeit.*“ Jetzt aber genug der Unterbrechung und endlich „*flugs und fröhlich*“ zurück in die wundervolle Klangfülle der Kantate!

Amen.

„Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre Eure Herzen und Sinne in Christus Jesus.“ Amen.